

Monitoring KW 10

Migrationsgipfel zwischen Bund und Ländern

Verschiedene Stimmen zum Ausgang des Migrationgipfels am vergangenen Mittwoch (06.03.2024) - Zweites Treffen nach Beschlüssen Mitte November zwischen Bund und Ländern

Neue Beschlüsse gibt es nicht. Es ging vielmehr darum, wie die bereits besprochenen Änderungen – etwa die Bezahlkarte für Asylbewerber und die Beschleunigung von Asylklageverfahren – konkret umgesetzt werden sollen. Außerdem wollten die Länderchefs den Druck aufrechterhalten, damit etwa rechtliche Prüfungen, ob Asylverfahren außerhalb der EU möglich wären, schneller vorangetrieben werden.

Zufriedenheit bei Hessens-MP Boris Rhein (Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz):

"Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass wir jemals so viel zusammen hinbekommen, dass wir so viel Geschwindigkeit in das Thema gebracht haben."

Kritik jedoch von anderen MP, wie Hendrik Wüst (NRW): "Die Liste der unerledigten Hausaufgaben durch die Ampel-Regierung ist ellenlang. Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage offensichtlich nicht erkannt."

Auch Kritik aus der Koalition in BW in Person von Manuel Hagel (CDU): "Das war wieder einmal nur eine bloße Bestandsaufnahme. Der Kanzler verweigert sich der Realität: Die Kommunen sind am Limit, die Ehrenamtlichen sind am Limit. Er muss jetzt dringend mal vom Problembeschreibungsmodus in den Umsetzungsmodus kommen"

Vorschläge von Südwestmetall und IHK Stuttgart zur Reform der Berufsausbildung

Für Berufseinsteiger ist die Vielfalt der Ausbildungsberufe oft verwirrend. Eine Reform soll die Ausbildung nun für junge Leute attraktiver und für Unternehmen passgenauer machen.

Bundesweit konnten 2023 **über 70 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt** werden -> Mögliche Gedanken über Reform der Berufsausbildung

Idee: **Mehrere Ausbildungsberufe sollen komprimiert werden**, damit oftmals entstandene Verwirrung durch Vielzahl von Ausbildungsberufen geringer wird.

Konkret: Aus zuvor zehn Ausbildungsberufen sollen zwei Ausbildungsberufe gemacht werden.

Wirtschaftsforscher senken Wachstumsprognosen

Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren Stagnation im Wirtschaftswachstum. Die Gründe lägen auch in der aktuellen Wirtschaftspolitik. Positive Signale gibt es beim privaten Konsum.

Während sich in anderen europäischen Ländern eine Erholung andeute, befinde sich die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2023/24 „anders als erwartet“ in einer Rezession.

Das **Ifo-Institut senkte die Wachstumsprognose** des Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr **von 0,7 auf 0,2 Prozent**.

Noch etwas pessimistischer bewertet das **Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)** die Situation. Es revidiert seine Wachstums-Erwartungen aus der Winterprognose von **0,9 auf nun 0,1 Prozent**.

Laut den Prognosen der beiden Wirtschaftsinstitute wird die **Inflationsrate in diesem Jahr weiter sinken** und sich zwischen 1,6 und 1,7 Prozent einpendeln. Interessant für Handwerker im Privatkundensegment: Der private Konsum nehme zu. Dank hoher Lohnabschlüsse und rückläufiger Inflationsrate wachse die Massenkaukraft.

Die **Bauinvestitionen hingegen stünden weiter unter Druck**; der Wohnungsbau schrumpft laut IfW Kiel mit 4 Prozent noch stärker als in den letzten beiden Jahren.

Bundesrechnungshof sieht Versorgungssicherheit in Gefahr

Rechnungshofpräsident Kay Scheller hatte am Donnerstag in Berlin kritisiert, die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende seien ungenügend, und diese drohe zu scheitern.

Bisher habe das BMWK in seiner Darstellung für die Öffentlichkeit, die ebenfalls zu **berücksichtigenden Systemkosten nicht einbezogen**. Der Rechnungshof geht dabei noch viel weiter: Mit Blick auf Netzausbau und Stromversorgung seien die **Annahmen der Bundesnetzagentur „wirklichkeitsfremd“**.

Das **Wirtschaftsministerium** erklärte dazu gegenüber dem BRH, dass die steigenden Systemkosten Ersparnissen bei fossilen Energieträgern gegenüberstünden und die **Kritik in dieser Schärfe unberechtigt sei**.

Der **Rechnungshof schlägt eine Reform** der im Strompreis enthaltenen Steuern, Abgaben und Umlagen **vor**. Die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der Stromsteuer reiche nicht aus, so der BRH.

Kerstin Andreae, Geschäftsführerin des Energieverbands BDEW, sagte: „Bei aller berechtigten Kritik in einzelnen Punkten: Der Bundesrechnungshof schießt mit seiner Generalkritik über das Ziel hinaus.“

BW: Woche der Ausbildung 2024 und Praktikumswochen

Die “Woche der Ausbildung” in Baden-Württemberg findet ab dem 11.03.2024 statt. Während der Woche der Ausbildung informieren insbesondere die Kammern und die Bundesagentur für Arbeit virtuell und vor Ort über die Vorteile und Chancen einer Berufsausbildung.

WM Hoffmeister-Kraut: „Es gibt wirklich viele gute Gründe für eine Ausbildung: Der Verdienst ist von Anfang an gut und wer einmal seine eigene Chefin oder sein eigener Chef werden will, hat mit einer Ausbildung ein gutes Fundament für den späteren Schritt in die Selbstständigkeit.“

Passend zur Woche der Ausbildung starten auch die **Praktikumswochen Baden-Württemberg** des Ausbildungsbündnis am 11. März. Bis zum 5. April können Schülerinnen und Schüler ab Klasse acht die Vielfalt der Berufe erleben und direkte Einblicke in verschiedene Unternehmen gewinnen.

Neue Rentenreform von der Ampel-Regierung vorgelegt

Nach monatelangen Vorbereitungen will die Bundesregierung ihr Rentenpaket auf den Weg bringen: Mit der Einführung eines Aktienkapitals soll erstmals eine neue Finanzquelle für die gesetzliche Rentenversicherung geschaffen werden. Langfristig soll dies Beitragszahler und Bundeshaushalt entlasten.

Für die **Einführung des Aktienkapitals** soll bis Mitte der 2030er-Jahre ein Kapitalstock von **mindestens 200 Milliarden Euro** aufgebaut werden. Aus den Erträgen sollen Zuschüsse an die Rentenversicherung fließen. Aus dem Finanzministerium hieß es am Montag, ab Mitte der 2030er-Jahre könnten so jährlich im Schnitt zehn Milliarden Euro zusätzlich an die gesetzliche Rentenversicherung fließen.

Ein zweites großes Ziel des Rentenpakets ist die **dauerhafte Absicherung des Rentenniveaus**. Bis 2039 soll ein Rentenniveau von **48 Prozent eines Durchschnittslohns** garantiert werden. Ohne staatliche Eingriffe würde das Rentenniveau bereits ab 2026 unter 48 Prozent des Durchschnittslohns sinken.

Die **Beiträge zur Rentenversicherung sollen mittelfristig steigen**, das ist bereits klar. Bis 2025 sollen sie aber bei 18,6 Prozent bleiben. Ab 2035 ist ein Anstieg auf 22,3 Prozent vorgesehen.

Große Änderungen oder Neuerungen für Selbständige gibt es durch die neue Rentenreform nicht.